

Presseinfo

Wie können Zuwanderer zu einer Belebung der Altstadtkerne von kleinen Städten beitragen?

Mit der Zuwanderung sind neue Chancen für die Altstädte in strukturschwachen ländlichen Kommunen verbunden. Leerstehende Wohngebäude können wiederbelebt werden, Handwerk und Gewerbe neue Fachkräfte und die Schulen neue Schüler gewinnen. Ob die Integration langfristig gelingt, hängt maßgeblich von den Rahmenbedingungen, einem offenen sozialen Klima, engagierten Bürgern und einer aktiven Verwaltung ab.

Im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ fand am 7. und 8. Juni 2016 das erste Netzwerktreffen in Goslar statt. Im Mittelpunkt dieses Erfahrungsaustauschs von bundesweit neun beteiligten Projektkommunen standen Überlegungen zur Verbesserung der Informationsgrundlagen über die zugewanderte Bevölkerung, zu Voraussetzungen einer gelingenden Koordination und Steuerung vor Ort, zur strategisch-konzeptionellen Verankerung von Integration in den Kommunen und zu zukünftigen Handlungsbedarfen und -optionen.

In seiner Begrüßungsrede wies der Goslarer Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk auf die Bedeutung von Zuwanderung für die Entwicklung der Innenstädte ländlicher Kommunen hin. Für die Integration von Flüchtlingen böten kleinere Städte gute Voraussetzungen, so Dr. Junk: es stünde bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung, die erforderliche Infrastruktur sei vorhanden und der lokale Arbeitsmarkt benötige neue Fachkräfte. „Wenn die Altstädte zukünftig nicht nur historische Kulisse sein sollen, dann müssen wir uns heute um neue Bewohner kümmern, die die Altstädte mit Wohnen und Arbeit lebendig halten.“ Um dies zu befördern, müssen die lokale Wirtschaft und die privaten Wohneigentümer noch enger in Stadtentwicklungsprozesse eingebunden werden und mit der kommunalen Verwaltung zusammenarbeiten. Bei mehr als 90 Prozent Privateigentum in der Goslarer Altstadt ist das keine leichte Aufgabe. Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Akteursgruppen spielen deshalb eine zentrale Rolle, erfordern aber gleichzeitig kommunale Ressourcen und qualifiziertes Personal.

Vertreter/innen verschiedener Projektkommunen hoben hervor, dass auch das enorme bürgerschaftliche Engagement bei der Zuwanderung von Flüchtlingen die Kommunen vor neue Herausforderungen stellt. Gleichzeitig eröffneten sich hierüber neue Chancen der Vernetzung von Verwaltung und Ehrenamt. Erfahrungen aus Ravensburg und Schwäbisch Gmünd illustrierten, dass die Integration von Zuwanderern insbesondere dann gut gelingt, wenn langfristig wirkende Strukturen aufgebaut und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorangebracht wurden. Integration müsse als Querschnittsaufgabe begriffen und verankert werden. Dabei solle man auf Bewährtem aufbauen und Strukturen dynamisch weiterentwickeln, so der allgemeine Tenor der Beteiligten.

Das dreijährige Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt. Kooperationspartner sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie der Deutsche Städte-

und Gemeindebund. Gefördert wird das Projekt aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, über Projektfördermittel des BAMF und das Förderprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

Informationen zum Projekt unter: www.vielfalt-in-stadt-und-land.de

Ansprechpartnerinnen im Difu:

Dr. Bettina Reimann, Projektleiterin
reimann@difu.de, Tel. 030/ 39001-191

Gudrun Kirchhoff, stellvertr. Projektleiterin
kirchhoff@difu.de, Tel. 030/ 39001-192

Berlin, den 10. Juni 2016

Gudrun Kirchhoff